

## Die Aufgaben der Kulturpolitik

# Scheinriese Kulturwirtschaft

*Es ist noch nicht lange her, da drehten sich die allermeisten kulturpolitischen Diskussionen ums Geld, um schrumpfende Kulturetats und die schlechte Lage der Kommunalhaushalte. Jetzt scheint ein neues, nicht weniger materielles Thema der Kulturfinanzierung den Rang abzulaufen – die Kultur- oder Kreativwirtschaft.*

### Bernd Wagner

Nachdem bald von allen Bundesländern – teilweise auch schon in mehreren Folgen – und inzwischen auch von einigen Städten „Kulturwirtschaftsberichte“ erstellt wurden und der Bundestag im November parteiübergreifend die Erarbeitung eines entsprechenden Berichtes auf Bundesebene einschließlich unterstützender Maßnahmen beschlossen hat, ist die Kultur- und Kreativwirtschaft ein immer häufiger diskutiertes Thema in der Kulturpolitik. Kümmerten sich anfangs Wirtschaftsdezernate, Mittelstandsministerien und Staatskanzleien um kulturwirtschaftliche Fragen und gaben entsprechende Studien in Auftrag, so sind sie seit einiger Zeit auch Gegenstand kulturpolitischer Aktivitäten, Initiativen und Kongresse. (siehe hierzu den Schwerpunkt in *Kulturpolitische Mitteilungen* H. 119, IV/2007)

Dabei hat sich gerade in den kommunalen Debatten unter dem Einfluss anglo-amerikanischer Diskussionen das Gegenstandsfeld von *Kultur-* auf *Kreativwirtschaft* erweitert – wobei offen ist, was alles dazu gehört – und ist mit Versatzstücke der Raum- und Stadtplanungsdiskussion wie „kreative Klasse“ (Richard Florida) und „kreative Stadt“ (Charles Landry) angereichert worden. „Kreativwirtschaft“ als Zukunftsmarkt, Wachstumsbranche und Jobmaschine, so oder ähnlich werden die verlockenden Zukunftsbilder ausgemalt. Wer in dieses Mantra nicht einstimmt, gilt als hoffnungslos altmodisch und hängt einem „alten Denken“ nach, das – so die Streiter für das „neue Denken“ – noch von Vorstellungen einer „entökonomisierten Kultur“ geprägt sei.

Als Belege für die neuen Entwicklungen werden die Ergebnisse und Erkennt-

nisse der Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte herangezogen. Aus denen geht hervor – gleich ob der Anteil der Kultur-Kreativwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt 2,5% oder 8% beträgt, er über der Chemie und unter der Autoindustrie liegt oder umgekehrt, ob ihre Beschäftigungszahlen schneller oder langsamer steigen als in anderen Branchen –, dass dieser Bereich groß und wichtig ist, dass er wächst und dass er dafür staatliche Hilfe benötigt. Für wen oder was das wichtig ist, bleibt erst einmal dahingestellt – Hauptsache da wächst etwas.

Die Vergleichs- und Wachstumszahlen mögen für Wirtschafts-, Standort- und Haushaltspolitiker von Bedeutung sein, aber warum auch Kulturpolitik davor ehrfürchtig erstaunen und in Hosiannarufe ausbrechen soll, bleibt verborgen. Eine skeptische Haltung gegenüber der sich in der Kulturpolitik verbreiternden Feier kulturwirtschaftlicher Erfolgszahlen hat eigentlich nichts mit altmodischem Denken zu tun, sondern damit, dass Kulturpolitik eben nicht Wirtschafts- oder Beschäftigungspolitik ist und sich nicht auf Eventmarketing und Standortfaktoren reduzieren lässt.

### Alltagsarbeit – statt modischer Diskursmantras

Aufgabe von Kulturpolitik ist die Ermöglichung der Teilhabe möglichst vieler Menschen an Kunst und Kultur, sowie der Schutz und die Förderung der Künste und KünstlerInnen. Dazu bedient sie sich einer vielgestaltigen Förderpolitik, setzt die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst und Kultur und schafft mit ihrer Verantwortung für kulturell-künstlerische Grund-, Aus- und Fortbildung die bildungs-

politischen Voraussetzungen dafür, dass Künstler tätig werden können und ein entsprechend aufnahmefähiges Publikum finden. Das ist der öffentliche, in fast allen Bundesländern verfassungsmäßig verankerte Auftrag von Kulturpolitik.

Und diese Kulturpolitik ist gestaltend und normativ und nicht nur verwaltend und moderierend. Denn jede Förderentscheidung für etwas ist gleichzeitig eine gegen etwas anderes. Jede Berufung eines Intendanten und Museumsleiters ist die Entscheidung für eine – wie vage auch immer – inhaltliche Konzeption. Jedem Spielplan und jedem Curriculum, etwa einer Musikschule, liegt ein wie auch immer offener „Kanon“ kultureller Werte zugrunde. Kulturpolitik hat immer – auch wenn sie bemüht sein muss, möglichst wenig direktiv und lenkend in die Autonomie der Künste und die Selbstzwecksetzung der Kultur einzugreifen – mit Inhalten und Werten, mit Sinn, Bedeutung und symbolischer Produktion zu tun.

Einer solchen inhaltlich bestimmten Kulturpolitik können noch so imponierende Wachstumszahlen von Beschäftigten und Bruttoinlandsproduktanteilen erst einmal gleichgültig sein, auch wenn sie von der Popindustrie, Designern oder dem Kunstmarkt erzielt werden und Wirtschaftsdezernenten, Stadtmarketingabteilungen und Oberbürgermeister leuchtende Augen dabei bekommen.

Das heißt nicht, dass Kulturpolitik nichts mit der Kulturwirtschaft zu tun hätte, sondern nur, dass sie davon ausgehen sollte, was ihre Aufgaben sind und dabei die bestehenden vielfältigen Zusammenhänge besser zum beiderseitigen Vorteil nutzen und hierbei neue Wege gehen sollte. Ausgangspunkt sind aber



Foto: aboutpixel.de

immer die kulturpolitischen Ziele und nicht die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Stärkung eines Wirtschaftssektors. Unter einer solchen Betrachtungsweise schrumpft auch der neue „Star“ im kulturpolitischen Diskurs- und Tagungsbetrieb auf ein normales Maß und taugt nicht mehr zum modischen Wortsingsang mit dem von den Alltagsaufgaben der Kulturpolitik abgelenkt wird.

### Die lange Tradition der Kulturwirtschaft

Um was geht es eigentlich in dieser Aufmerksamkeit erheischenden Debatte? Dass es eine Kulturwirtschaft gibt und diese einen gewichtigen Anteil unserer Kulturlandschaft ausmacht, sowie zudem auch volkswirtschaftlich nicht unbedeutend ist, ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Mit dem Beginn einer öffentlichen Kunstpolitik in der Renaissance entstanden gleichzeitig in Westeuropa ein Kunst- und ein Literaturmarkt. Der Merkantilis-

mus absolutistischer Höfe bezog sich zentral auf kunstgewerbliche Produktionen. Damit ging die Gründung von Kunstakademien einher. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war Theater in Deutschland vor allem ein Geschäftsbetrieb von Aktiengesellschaften und Theaterunternehmern. Der Musikmarkt expandierte fast explosionsartig mit der Entwicklung der Schallplatte um die Wende zum 20. Jahrhundert. Mit Film und Rundfunk entstanden kurze Zeit später die ersten audiovisuellen Massenmedien, die die kulturelle Produktion und Rezeption revolutionierten.

Diese Kunst-, Literatur-, Theater-, Musik- und Filmmärkte, die nach Angebot und Nachfrage funktionieren, deren Medium Geld und deren zentrales Motiv Gewinn ist, bildeten sich parallel und teilweise auch vor den öffentlichen, höfisch-staatlichen und kommunal getragenen Kultureinrichtungen aus: den staatlichen Kunstmuseen, Kommunal- und Landesbibliotheken, Stadt- und Staatsthe-

atern, städtischen Orchester- und Konzerthallen. Der öffentlich getragene und der privatwirtschaftliche Kultursektor bildet schon seit jeher – gemeinsam mit einem drittem Sektor: dem frei-gemeinnützigen intermediären Sektor der Vereine, Stiftungen und anderen gesellschaftlichen Kooperationen – die vielgestaltige Kulturlandschaft Deutschlands.

In allen Kunstsparten gab es zu fast allen Zeiten Einrichtungen und Angebote von allen drei Akteursgruppen. In der einen dominierten zeitweise privatwirtschaftliche Angebote, der anderen staatlich-kommunale und in einer dritten die gesellschaftlichen Träger und umgekehrt. Diese Verhältnisse verschoben sich im Laufe der Zeit immer wieder, aber in der Regel bildeten fast immer alle drei Trägergruppen das Angebot einer Sparte. So gab es beispielsweise um 1900 circa 300 professionelle Theater in Deutschland, davon waren zwei Dutzend in höfisch-staatlicher und lediglich zwei in kommunaler Trägerschaft, mehr als 90% dage-

gen aber privatwirtschaftlich betrieben. 100 Jahre später sichern etwa 150 von Kommunen und Ländern getragene Theater und 185 Privattheater sowie 2000 freie Theater die professionelle Theaterlandschaft Deutschlands.

Solange wie es Kulturwirtschaft und Kulturpolitik mit öffentlich getragenen Kultureinrichtungen sowie gesellschaftlich organisierte Kulturangebote gibt, solange besteht auch ein wechselseitiger Austausch zwischen diesen drei Sektoren. Erst diese Übergänge und Wechsel machen die Lebendigkeit des Kulturbereiches aus und bringen neue Kunstformen und künstlerische Weiterentwicklung hervor. Das trifft und traf auf die große Masse der unbekanntesten Künstler, Musiker und Schauspieler eben so zu, wie auf namhafte Künstler. Cranach und Dürer waren agile Kulturunternehmer. Cranach gleichzeitig sächsischer Hofmaler, Mozart Angestellter des Kaiserhofes, er reüssierte mit der „Zauberflöte“ an einem privaten Wiener Vorstadttheater.

Kulturpolitik als staatlich-kommunales Handeln in Kunst und Kultur hat in unterschiedlichem Umfang mit allen drei Sektoren zu tun. Der staatlich-kommunale Sektor ist der zentrale Gegenstandsbereich öffentlicher Kulturförderung. Die 8,3 Mrd. € an öffentlichen Kulturaufwendungen jährlich fließen zu einem großen Teil in diesen Bereich. Mit dem anderen geringeren Anteil werden die Angebote und Einrichtungen des freigemeinnützigen, intermediären Sektors gefördert. Der kulturwirtschaftliche Bereich ist nicht Gegenstand der öffentlichen Förderung, da er sich über den Markt finanziert und trägt. Eine Ausnahme bildet hier die Künstlerförderung, wie Stipendien, Preise, Atelierprogramme, mit denen Künstler als Akteure in und zwischen allen drei Sektoren unterstützt werden.

Allerdings betreffen die beiden anderen Dimensionen der Kulturpolitik, die Setzung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur wie Urheber- und Verwertungsrechte, Steuergesetzgebungen, Künstlersozialkasse und Ähnliches, sowie die Qualifizierung der Künstler und des Publikums in Musik- und Kunsthochschulen, Kunstgewerbe-, Musik- und Volkshochschulen und in den allgemein bildenden Schulen das gesamte kulturell-künstlerische Feld und damit auch den kulturwirtschaftlichen Be-

reich. Viele ordnungspolitische Maßnahmen der Kulturpolitik zielen besonders auf ihn.

Auf dieses kulturpolitische Aufgabenportfolio aus Bildungs-, Ordnungs- und in geringerem Anteil von Förderpolitik beschränken sich bislang die Handlungsmöglichkeiten von Kulturpolitik gegenüber der Kulturwirtschaft. Wenn sich das ändern soll, ohne die zentralen Aufgabenbestimmungen von Kulturpolitik – möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen und die Künste und Künstler zu fördern – aufzugeben, dann muss deutlich gemacht werden, was sich gegenüber den bisherigen Bedingungen verändert hat und warum ein anderes kulturpolitisches Handeln hier sinnvoll ist.

### **Neujustierung: Staat – Markt – Gesellschaft**

Augenscheinlich ist, dass sich die heutige kulturelle Trägerlandschaft gegenüber den letzten zehn bis zwanzig Jahren verändert hat. Die stagnierenden Kulturhaushalte, ein neuer Aufschwung bürgerschaftlichen Engagements etwa im Stiftungswesen, eine stärkere marktwirtschaftliche Orientierung öffentlich getragener Kultureinrichtungen, neue Arbeitsfelder und Kulturberufe in und zwischen privatwirtschaftlichem und freigemeinnützigem Sektor und eine größere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bereichen, fließende Übergänge und vielfältige neue Arrangements von gemeinsamen Trägerschaften privatwirtschaftlicher, freier und öffentlicher Akteure sind einige der zentralen Veränderungen im gegenwärtigen kulturellen Feld. Diese haben das Verhältnis zwischen den Sektoren gewandelt, ohne ihre grundsätzlich unterschiedlichen Handlungslogiken und Zielsetzungen aufzuheben. Die Wechsel zwischen den Sektoren sind häufiger, die Arbeit bei unterschiedlichen Trägern üblich, die Übergänge flüssiger geworden. Neue Arrangements für die Einzelnen und kooperative Trägerschaften für die Einrichtungen werden zum Alltag.

Hier liegen neue Aufgaben für die Kulturpolitik, die aber in den Kulturwirtschaftsberichten mit hoch aggregierten Beschäftigungs- und Wachstumswahlen von *IHKs*, statistischen Ämtern und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht erfasst werden. Als Träger von Bildungseinrichtungen ist öffentliche

Kulturpolitik herausgefordert, die späteren Kulturakteure und Künstler auf neue Anforderungen einer Beschäftigungsrealität mit fließenden Tätigkeitsfeldern, hohen Anforderungen an Marketing- und Selbstvermarktungsfähigkeiten, schwankenden, meist niedrigen Einkommen und einem ständigen Zwang zur Weiterqualifizierung entsprechend vorzubereiten.

Als Ordnungspolitik kann Kulturpolitik etwa bestehende steuerliche und sozialrechtliche Bestimmungen auf die veränderte Arbeitswirklichkeit der Künstler und vielen Klein- und Kleinstunternehmer im kulturellen Feld anpassen. Als Förderpolitik kann sie Räume schaffen, in denen die Übergänge sich leichter vollziehen lassen, Begegnungen zwischen verschiedenen Feldern möglich sind und neue Allianzen entstehen können. Sie kann bei der Künstlerförderung, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und der Beschäftigungspolitik, durch ihre spezifischen Kenntnisse des kulturellen Feldes passgenauere, unterstützende Maßnahmen für den Markteintritt der jungen Kulturunternehmer und Beratungen anbieten.

Das häufige Wortgebrubbel um Innovations- und Kreativitätspotenziale, Zukunftsressourcen, Wissensgesellschaft, immaterielle Produktion und so weiter, mit denen die Debatte um die Kultur- und Kreativwirtschaft vielfach garniert und in Hochglanzbroschüren unter das Kulturvolk gebracht wird, bringt dabei keinen Deut weiter. Bei Michael Endes „Jim Knopf“ gibt es den Scheinriesen Turtur, der übermächtig scheint, aber immer kleiner wird, je näher man ihm kommt, bis er das normale Maß jedes Irdischen hat, wenn man ihm gegenübersteht. Er ist ein liebenswerter Geselle, der gar nichts Ehrfürchtiges mehr an sich hat, wenn er sich in normaler Umgebung befindet. Wird die Kulturwirtschaft von ihrem gegenwärtigen Hype befreit und wieder auf das zurückgeführt, was sie schon immer war und ist, dann kann im kulturpolitischen Alltagsgeschäft auch normal über veränderte Anforderungen und Aufgaben diskutiert werden, ohne in Hochachtung vor irgendwelchen Prozentzahlen und Innovationskreativitätsgedankenverrenkungen in Ehrfurcht zu erstarren.

☞ Der Autor ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft und Herausgeber der Reihe *Jahrbuch für Kulturpolitik*.

## Identifikation braucht Gefühle

# Europas kulturelle Seele

*„Europa“ – da denken heutzutage viele Menschen an einen bürokratischen Wasserkopf und an die schon fast zu Tode zitierte Richtlinie, die angeblich den Krümmungsgrad der Banane vorgibt. Beides wird Europa nicht gerecht, denn Europa kann mehr sein, ja, ist viel mehr als das.*

## Helga Trüpel

„You will not fall in love with the internal market.“ Mit diesem Satz hat Kommissionspräsident Barroso eine der derzeitigen Schwächen der EU treffend zusammengefasst: Mit einer EU, die die BürgerInnen als fern ab im „Raumschiff Brüssel“ assoziieren, fällt es schwer sich zu identifizieren. Deshalb wollen und müssen wir die EU ihren BürgerInnen näher bringen, sie direkt erfahrbar und auch zu Hause in den Städten und Dörfern greifbar, spürbar machen. Identifikation braucht mehr, als den Binnenmarkt – der zweifellos notwendig ist – und mehr als Debatten über Richtlinien und Grenzwerte. Identifikation braucht Begeisterung für eine Sache. Das Europäische Parlament will die BürgerInnen für Europa gewinnen und begeistern.

Voraussetzung für eine Identifikation mit der EU ist das Vorhandensein von geteilten Erfahrungen und Werten, genauso wie die Auseinandersetzung darüber. Kollektiv geteilte Erfahrungen hat es in Europa gegeben: nicht umsonst ist die EU, die zunächst als „Montanunion“ anfang, durch die Vergemeinschaftung von Kohle und Stahl zum Wiederaufbau, aber auch zur Friedenssicherung, nach dem zweiten Weltkrieg zu einem einzigartigen Friedensprojekt herangewachsen. Und sie ist es bis heute. Die Forderung „Nie wieder Auschwitz“ steht an der Wiege der EU. Ihr sind und bleiben wir verpflichtet.

Identifikation braucht Gefühle. An diesem Punkt kann europäische Kulturpolitik ansetzen: Wir brauchen eine gemeinsame „europäische Erzählung“. Das muss einhergehen mit einem Sich-Kennenlernen unter den mittlerweile vielen Völkern der EU. Der im Herbst in die Kinos gekommene Film „Auf der anderen Sei-

te“ von Fatih Akin, der von der Zerrissenheit einiger Menschen zwischen Deutschland und der Türkei handelt, von der Balance der Protagonisten zwischen den Kulturen, zwischen unterschiedlichen Orten, die sie auf unterschiedliche Weise geprägt haben und die Heimat für sie sein können, ist ein wunderbarer Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit. „Zu hause“ ist schon lange kein nationaler Begriff mehr.

## Filmförderung

Eine wirklich europäische Öffentlichkeit fehlt uns bisher: es gibt in der EU viele, meist nationale Öffentlichkeiten. Auch sie sind Teil der EU und setzen sich mit ihr auseinander, aber sie führen selten grenzüberschreitende Diskurse über europäische Themen. Das Europäische Parlament hat sich die Ausbildung und Förderung einer europäischen Öffentlichkeit auf die Fahnen geschrieben. Dazu gehört auch seit kurzem ein auf Initiative der Grünen neu geschaffener Filmpreis namens LUX, der im Oktober 2007 zum ersten Mal verliehen worden ist – an den Film von Fatih Akin.

Das Procedere sieht vor, dass zunächst Filmexperten unter den eingereichten Filmen eine Vorauswahl von drei Beiträgen treffen. Aus diesen ermitteln dann die EU-Abgeordneten ihren Favoriten. Ziel der Preisverleihung ist es, die Verbreitung europäischer Filme auch über Landesgrenzen hinweg zu fördern. Das drückt sich auch in der Art des Hauptgewinns aus: Statt einer Geldprämie winkt dem preisgekrönten Film die Untertitelung in 23 EU-Sprachen. Diese Untertitel machen eine sofortige, universelle Ausstrahlung des Films möglich. Das Europäische Parlament beweist damit, dass Vielfalt

kein Hindernis, sondern eine Chance und eine Bereicherung ist.

Schon seit 17 Jahren existiert die europäische Filmförderung mit dem Programm MEDIA: Damit unterstützt die EU die Schaffung und Verbreitung europäischer Filme, aber auch Filmfestivals, die wiederum als Ort der direkten Begegnung, des Kennenlernens von Neuem, bis dato Unbekanntem und den Austausch darüber ermöglichen. Dies sind Schritte in Richtung auf eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit.

Die übergeordneten Ziele des von der EU aufgelegten Programms KULTUR 2007-2013 bestehen darin, Kunst und Kultur, sowie KünstlerInnen und Kulturschaffende mobiler zu machen und den interkulturellen Dialog innerhalb der EU zu fördern. Dazu gehört auch, bislang nicht übersetzte Werke europäischer Schriftsteller übersetzen zu lassen, um sie möglichst vielen Menschen in ihrer jeweiligen Muttersprache zugänglich zu machen – der Film-Untertitelung in 23 Sprachen vergleichbar. Außerdem sollen europaweit tätige Kultureinrichtungen gestärkt und Analysen und Informationsverbreitung über die kulturelle Zusammenarbeit in Europa gefördert werden.

Aber wie und wo ist Europa in Greifswald, Coesfeld oder Schwäbisch Gmünd erfahrbar? Wie können wir auch jenseits der Metropolen und der Großprojekte an einer „Europäischen Erzählung“ schreiben? Ein Beispiel für die vielen kleineren europäischen Erzählungen im Alltag, die sich zu einer großen Erzählung zusammenfügen, sind die Städtepartnerschaften: So lernen etwa die EinwohnerInnen von Coesfeld die BürgerInnen der Stadt De Bilt in den Niederlanden kennen, GreifswalderInnen kommen in di-

rekten Austausch und persönlichen Kontakt mit den BürgerInnen der schwedischen Stadt Lund und BewohnerInnen des Städtchens Schwäbisch Gmünd knüpfen Kontakte zu Einwohnern der ungarischen Stadt Székesfehérvár oder dem italienischen Faenza.

Mit dem Programm EUROPA FÜR BÜRGER/INNEN fördert die EU die Beteiligung der Menschen beim Zusammenwachsen Europas und die Verständigung der europäischen Völker untereinander. Die sog. „Aktion Aktive Bürger/innen für Europa“ fördert Städtepartnerschaften und Bürgerprojekte, die zur Annäherung der Völker, zur Stärkung des europäischen Bewusstseins und zur Entwicklung einer aktiven und teilnehmenden Unionsbürgerschaft beitragen. Die EU verfolgt mit diesen Zuschüssen das wesentliche Ziel, die bestehenden Verbindungen zwischen Städten zu festigen und neue Partnerschaftsinitiativen durch gezielte Förderung anzuregen. Sie unterstützen die Mobilität der BürgerInnen sowie das Zirkulieren von Ideen innerhalb der EU.

Auch die Idee der Städtepartnerschaften ist ein klassisches Friedensprojekt: Sie entstand nach dem Zweiten Weltkrieg, um sich in Europa wieder einander anzunähern und als Nachbarn am Wiederaufbau des Friedens mitzuwirken. Städtepartnerschaften fördern durch Austauschaktivitäten in unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, kommunale Verwaltung, Jugend, Sport, Kultur etc. das friedliche Zusammenleben zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Sprachen und Religionen und liefern positive Beispiele gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Das „Lernen vom Nachbarn“, auch im Bezug auf fremde Sprachen, kann eine große Bereicherung für die kommunalpolitische Praxis darstellen und den Blick für die Vielfalt Europas öffnen – ein wichtiger Bestandteil des Sich-Kennenslernens!

### „Europäischer Mehrwert“

Wenn es nicht gerade um europäisch geförderte Städtepartnerschaften geht, hoffen oft genug kleine Institutionen oder Projekte darauf, über EU-Mittel vielleicht auch ihre prekäre Finanzsituation erträglicher zu gestalten. Für diese kleineren Projekte, wie möglicherweise die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen mehreren stadtgeschichtlichen Archiven

in unterschiedlichen Mitgliedstaaten, lassen sich andere europäische Geldquellen erschließen. Grundsätzlich gilt aber für so gut wie alle europäischen Fördermittel im kulturellen und zivilgesellschaftlichen Bereich: Das Wegbrechen von kommunalen, regionalen oder Bundesmitteln kann nicht einfach durch einen Antrag bei der EU ersetzt werden! Denn die EU will mehr, weil sie selbst auch ein Mehr ist.

In einem Antrag etwa zur Projektförderung wird immer von den Antragstellenden verlangt, den „europäischen Mehrwert“ der Kooperation dazulegen. Darin sind gleich zwei wichtige Faktoren enthalten: Zum einen müssen es immer Kooperationsprojekte von drei bis zu sechs beteiligten Partnern aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten sein. Die Zahl hängt von der Art des Förderprogramms ab. Zum anderen muss man mit dem sperrigen Begriff des „europäischen Mehrwerts“ hantieren.

### ☞ service

#### Links zu den Programmen

[www.ccp-deutschland.de](http://www.ccp-deutschland.de)

[www.europa-foerdert-kultur.info](http://www.europa-foerdert-kultur.info)

[www.helgatruempel.de/Foerderprogramme.20.0.html](http://www.helgatruempel.de/Foerderprogramme.20.0.html)

Cultural Contact Point Deutschland, Haus der Kultur – c/o Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Weberstr. 59a, 53113 Bonn, Tel: 0228/201350, Fax: 0228/2013529, [info@ccp-deutschland.de](mailto:info@ccp-deutschland.de), [www.ccp-deutschland.de](http://www.ccp-deutschland.de)

Der europäische Mehrwert ist eines der zentralen Bewilligungskriterien für Zuschüsse der EU. Er ist ein zusätzlicher Wert, den ein Projekt durch die Kooperation mit Partnern auf europäischer Ebene erhält und der die EU-Förderung begründet, weil die Ziele, Methoden und Formen der Zusammenarbeit über lokale, regionale oder nationale Interessen hinaus weisen. Gemessen wird der europäische Mehrwert u.a. an dem Grad der Einbeziehung aller Kooperationspartner in Planung und Durchführung des Projekts, der Sachkenntnis und Erfahrung der Projektverantwortlichen, der europäischen Dimension der Zielgruppe des Projekts und dem nachhaltigen Nutzen

auf europäischer Ebene (z.B. dauerhafte Vernetzung von Organisationen bzw. Einrichtungen). Er bezeichnet damit sowohl den ideellen als auch den praktischen Nutzen eines Projekts für den europäischen Einigungsprozess.

Und auch wenn diese Definition zunächst trocken klingt, so führt sie im Endeffekt wieder genau dorthin zurück, wo dieser Artikel begonnen hat: Bei der Förderung des Zusammenwachsens und der Identifikation mit Europa durch das Sich- und andere Kulturen-Kennenslernen. Zum Schluss noch ein Hinweis und eine Ermutigung: Neben den hier genannten Programmen „KULTUR 2007-2013“ und „EUROPA FÜR BÜRGER/INNEN“ lohnt es sich auch immer, sich mit dem für die eigene Heimatregion vorhandenen Strukturfond EFRE („Europäischer Fond für die Regionale Entwicklung“) zu beschäftigen. Dieser dient zwar originär dem Ausbau von Infrastruktur und der Förderung lokaler Entwicklungsprojekte und Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Es besteht aber die Möglichkeit, auch in diesem Bereich bereitgestellte Mittel zur Kulturförderung – meist in benachteiligten Stadtteilen – ausfindig zu machen. In der Regel ist es hierfür sinnvoll, sich an das jeweilige Wirtschaftsministerium zu wenden, da die Zuständigkeit für die Strukturfonds üblicherweise dort angesiedelt ist.

Die meisten Ausschreibungen für europäische Programme haben bedauerlicherweise einen Pferdefuß: Obwohl sie das Zusammenwachsen und die Offenheit für einander fördern sollen, sind sie in einer bürokratischen, abstrakten Sprache verfasst, die das nicht gerade ausdrückt. Schlimmstenfalls kann sie sogar Entmutigung, statt Ermutigung hervorrufen. Trotzdem will ich alle europäischen BürgerInnen ermutigen, die Finanzquellen der EU zu nutzen. Im Kulturbereich haben wir die glückliche Situation, dass es eine nationale Beratungsagentur in Bonn gibt, an die man sich bei der Suche nach Unterstützung wenden kann: den Cultural Contact Point.

☞ Dr. Helga Trüpel, stammt aus Moers und ist Literaturwissenschaftlerin. Seit 2004 für B90 / Die Grünen als Abgeordnete der Hansestadt Bremen im EU-Parlament; dort u.a. stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses.

Wir werden älter

# Demographische Faktor und die Kultur

*Die Beschäftigung mit der Frage der demographischen Entwicklung ist gesellschafts- und kulturpolitisch nicht ganz leicht. Über die Interpretation und Bewertung der Fakten und Prognosen streiten sich die „Gelehrten“ bis heute – ideologische Grabenkämpfe eingeschlossen – und ist diese Hürde genommen, bleibt immer noch die skeptische bis defätistische Haltung: Was kann Kulturpolitik daran schon ändern?*

**Norbert Sievers**



Foto: aboutpixel

Man gerät leicht in Gefahr, in bereit liegende Fallen zu treten. Da ist etwa die „Konservativismusfalle“, die jene gerne aufstellen, die das Thema Demographie nur im Zusammenhang mit nationalsozialistischer Mutterkreuzideologie sehen können. Andererseits ist aber auch vor der „Alarmismusfalle“ zu warnen, in die man durchaus geraten kann, wenn man allzu stark die negativen Folgen des demographischen Wandels betont. Zu schnell wird

dabei vergessen, dass die Tatsache, dass die Menschen heute – zumindest in den wohlhabenden Staaten – älter werden und länger gesund bleiben, ein gesellschaftlicher Fortschritt ist. Viele Menschen können ihn erleben und genießen.

Andererseits gibt es aber auch hier Schattenseiten, weil diesen vielen Menschen noch mehr gegenüberstehen, die dieses Glück nicht haben, die auf Grund von Krankheit und Geldknappheit an der

„Multioptionsgesellschaft“ im Alter eben nicht teilhaben können. Es ist Aufgabe der Politik, auch diese Menschen im Blick zu haben. Gerade im Alter wird deutlich, wie soziale Exklusion und kulturelle Exklusion eine unheilige Allianz eingehen.

Die Kommunalpolitik sollte dies zum Thema machen und versuchen, mit ihren Möglichkeiten eine Politik der Chancengleichheit, Teilhabegerechtigkeit und Le-

bensqualität für alle Menschen zu formulieren. Diesen Anspruch gilt es, auch in der Kulturpolitik wieder kenntlich zu machen und zwar gerade im Zusammenhang mit dem Thema Alter. Denn auch und gerade am Umgang einer Gesellschaft mit dem Alter und ihren alten Menschen erweist sich, welches kulturelle Niveau sie hat.

Wenn vom demographischen Wandel die Rede ist, folgt alsbald die Beschreibung: Wir werden weniger, älter und bunter. Damit sind in der Tat die wichtigsten Veränderungen benannt. Hier die wichtigsten Daten und Trends:

**Wir werden weniger:** Die Weichen für die demographische Entwicklung in den nächsten 40 Jahre sind – so scheint es – unumkehrbar gestellt. Die Bevölkerung in Deutschland wird bis 2050 bei einem angenommenen jährlichen Wanderungsüberschuss von 200.000 Menschen um ca. 7,5 Mio., bei einem Zuwanderungssaldo von Null um ca. 20 Millionen Menschen abnehmen. Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird eine Schrumpfung auf 50 Mio., im schlimmsten Fall, also ohne positiven Zuwanderungssaldo auf 32 Mio. Menschen erwartet, wenn die Geburtenrate auf konstant niedrigem Niveau von durchschnittlich 1,4 Kindern bleibt (s. Kaufmann 2007: 34f.).

Diese Entwicklung vollzieht sich nicht gleichförmig, sondern – regional differenziert – in unterschiedlicher Intensität. Schon jetzt gibt es ein Nebeneinander wachsender und schrumpfender Regionen. Von Schrumpfung sind vor allem die ostdeutschen Länder betroffen, aber auch strukturschwache Gebiete wie z.B. das Saarland, die Rhön, der Harz, Nordhessen und das Bayerische Fichtelgebirge (s. Kocks 2007).

**Wir werden älter:** Ohne gravierende Veränderung der Geburtenrate und des Zuwanderungssaldos wird der so genannte Altenquotient sich bis zum Jahr 2050 in etwa verdoppeln. Das bedeutet, dass dann 100 Personen im erwerbsfähigen Alter ca. 80 Senioren gegenüberstehen werden, wenn die Altersgrenze bei 60 Jahren angenommen wird, was dem bisherigen faktischen Berufsaustrittsalter entspricht. Gleichzeitig geht der Jugendquotient, also das Verhältnis der Kinder und Jugendlichen zu den Personen im erwerbsfähigen Alter, bis zum Jahr 2020 zurück, um dann in etwa konstant zu bleiben. Wir haben es also mit einer drasti-

schon Verschiebung im Generationenverhältnis zu tun, die zu einer Überalterung respektive „Unterjüngung“ der Bevölkerung führt. Gleichzeitig erhöht sich die Anzahl der alten und hoch betagten Menschen, weil die Lebenserwartung bei Männern (80 Jahre) und Frauen (84 Jahre) – bei besserer Gesundheit – weiter steigt (s. Kaufmann 2007: 35).

**Wir werden bunter:** Bei einem angenommenen Einwanderungsüberschuss von ca. 200.000 Menschen pro Jahr – davon geht die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus – wird der Anteil der Migranten einschließlich ihrer Nachkommen und einschließlich der schon heute in Deutschland lebenden Menschen mit einem Migrationshintergrund bis 2050 auf rund 30% im Schnitt zunehmen. In Städten wie Frankfurt am Main und München ist dieser Anteil schon jetzt erreicht. Stadtteile mit einem Anteil von 50% und mehr Prozent an Migranten aus einer Vielzahl von Nationen mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen sind schon heute keine Seltenheit mehr.

Diese Daten sollen nicht erschrecken oder ein allzu pessimistisches Bild zeichnen. Aber man sollte sich schon im Klaren darüber sein, welche wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Folgen damit verbunden sind oder sein können. Die Stichworte sind bekannt und sollen hier nur kurz ins Gedächtnis gerufen werden:

- Gefährdung der Altersversorgung (auch: Altersarmut),
- Explosion der Gesundheitskosten,
- Erosion familiärer Netzwerke und Verwandtschaftsbeziehungen, soziale Isolation im Alter, Pflegenotstand,
- Herausbildung von Parallelgesellschaften, Segregation, intergenerative Verteilungskämpfe,
- sowie generell die kumulierenden Effekte sich gegenseitig verstärkender Problementwicklungen in schrumpfenden Kommunen wie etwa die geringeren Steuereinnahmen auf der einen Seite
- und die Unterauslastung der Infrastruktureinrichtungen bei z.T. steigenden Kosten andererseits.

Das alles macht eine Strukturanpassung in hoher Geschwindigkeit und zum Teil großer Radikalität erforderlich.

## Altersdemographie und Kulturpolitik

Ja und ...? wird angesichts dieser Entwicklungen häufig gefragt: Was hat das alles mit Kulturpolitik zu tun? Sehr viel. Wir befinden uns gewissermaßen schon in der Anfangsphase einer durch die demographischen Fakten und den Strukturwandel der Gesellschaft beeinflussten Kulturpolitik. Alter ist ein Thema der Kulturpolitik geworden und dies aus guten Gründen. Die Schrumpfung der Bevölkerung ist auch für die Kulturpolitik ein Fakt und wird sich selbstverständlich auswirken auf die Besucherstruktur der Kultureinrichtungen und bei Investitionsentscheidungen für neue Einrichtungen.

In den ostdeutschen Bundesländern ist das Thema Rückbau kultureller Einrichtungen bereits kein Tabu mehr und wird richtigerweise als Gestaltungsaufgabe ernst genommen. Die SchülerInnen der ca. 2000 Schulen, die in den ostdeutschen Bundesländern seit der Wende aufgrund von zu geringen Schülerzahlen geschlossen worden sind, fehlen natürlich auch in den Museen, den Musikschulen und später in den Theatern und Konzerthäusern.

Dort wie hier gibt es deshalb keinen politisch plausiblen Grund, weshalb Kindergärten und Schulen geschlossen werden und die kulturelle Infrastruktur langfristig unangetastet bleiben sollte. Die Infrastrukturpolitik der Städte ist insgesamt betroffen. Sie kann in den schrumpfenden Regionen nicht mehr auf Wachstum orientiert sein, sondern auf Optimierung und Konzentration, die die Nachfragesituation und den finanziellen Rahmen bedenkt und einen problematischen Sog in eine Abwärtsspirale vermeidet.

Was kann Kulturpolitik angesichts der demographischen Entwicklung tun? Sie gehört sicherlich nicht zu den politisch bedeutenden Instrumenten, mit denen etwa die Geburtenrate angehoben werden könnte, um jenes „Humanvermögen“ – gemeint sind gut erzogene und gut ausgebildete Kinder und Jugendliche – zu bilden, auf das jede zukunftsfähige Gesellschaft angewiesen ist. Auch mit Blick auf eine Steuerung der Zuwanderung, sei es die Fernwanderung oder die interregionale Binnenwanderung, ist sie eher irrelevant. „Ausstattungen mit Kultureinrichtungen bilden kein starkes Wande-

rungsmotiv.“ (Göschel 2007: 37) – allen gut meinenden Mutmaßungen zum Trotz. Lediglich im Wettbewerb der Wachstumsregionen untereinander mögen sie eine gewisse Rolle spielen – also etwa bei der Elbphilharmonie in Hamburg oder ähnlichen Renommierprojekten. Trotzdem ist die Kulturpolitik herausgefordert, sich der demographischen Frage zu stellen und auf mindestens drei Handlungsebenen zu reagieren.

**Die erste Handlungsebene:** Das ist die strategischen Ausrichtung der Kulturpolitik. Dominierte in den vergangenen dreißig Jahren eher eine Politik der Angebotsvermehrung, so bedarf es jetzt eines *Wechsels von der Angebots- zur Nachfrageorientierung*. Wichtig sind aktivierende Strategien, um neues Interesse zu wecken und damit Nachfrage zu erzeugen. Hier kommen die kulturelle Bildung, die ästhetische Erziehung an den allgemein bildenden Schulen und im Vorschulbereich, aber auch die vielfältigen außerschulischen Angebote ins Spiel. Es ist bekannt: Wenn es nicht gelingt, Kinder und Jugendliche sehr früh für Kunst und Kultur zu begeistern, werden sie entsprechende Präferenzen auch im Erwachsenenalter nicht ausbilden. Die großen Modellprojekte wie „Jedem Kind ein Instrument“, „Jedem Kind eine Stimme“ und „Schule & Kultur“ in NRW sind Beispiele dafür, wo dies erkannt wurde.

Ein großes Defizit deutscher Kulturpolitik besteht darin, dass sie die Gruppe der Migranten bisher nicht berücksichtigt hat. Sie ist in den Kultureinrichtungen statistisch kaum nachweisbar. Andererseits wissen wir, dass zumindest in den Ballungsräumen schon in ein paar Jahren nahezu 50% der unter 25-jährigen einen Migrationshintergrund haben und sich die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten immer mehr multiethnisch durchmischen wird. Das ist eine große Herausforderung für die Kulturpolitik und für alle Kultureinrichtungen. Sie müssen sich interkulturell qualifizieren, wenn denn das Prinzip der kulturellen Chancengleichheit noch gelten soll.

**Die zweite Handlungsebene:** Die Einstellung der Kulturpolitik auf die demographische Frage hat selbstverständlich auch Folgen für die *Infrastrukturentwicklung* im Kulturbereich. Zunächst sollte es selbstverständlich werden, dass vor der Entscheidung für den Bau von

Kultureinrichtungen Bedarfsanalysen durchgeführt werden. In konzeptioneller Perspektive macht es Sinn, das Instrument der Kulturentwicklungsplanung aus den 1970er Jahren wieder zu beleben, wie es in verschiedenen Städten jetzt auch gemacht wird. In schrumpfenden Städten und Regionen werden in Zukunft sicherlich neue kulturelle Infrastrukturen gebraucht, die wieder stärker auf Bringstrukturen setzen, Selbsttätigkeit fördern und Beteiligungsbarrieren reduzieren.



Foto: aboutpixel.de

Im ländlichen Raum wird man nicht umhin kommen, Einrichtungen zusammen zu legen und intelligente Kooperationsformen zu entwickeln. Die Unterstützung der Vereinskultur und des bürgerschaftlichen Engagements wird hier in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Auch dafür bedarf es neuer Konzepte. Unter dem Gesichtspunkt der Auslastung sind hier Standorte zu wählen, die gut erreichbar sind und wo Menschen ohnehin zusammen kommen. Vom Programm her wird es sich anbieten, die Einrichtungen möglichst multifunktional auszurichten und ggf. mit kulturtouristischen Angeboten und Attraktionen zu verknüpfen. Dies erfordert ein ressortübergreifendes Denken und koordiniertes Handeln.

**Die dritte Handlungsebene:** Schließlich sind auch die Kultureinrichtungen selbst gefordert, sich auf die neue Nachfragesituation einzustellen. Auch auf dieser Handlungsebene des *Kulturmanagements* ist die Nachfrage- und Kundenorientierung ein wichtiges Stichwort. Stationäre Einrichtungen wie Theater und Konzerthäuser setzen schon heute wieder verstärkt auf dezentrale Aktivitäten. Sie

gehen aus ihren Häusern heraus in die Stadtteile und Vororte, um neue Besuchergruppen zu erschließen. Hinzu kommen zielgruppenorientierte Veranstaltungszeiten, Optimierung der Verkehrsverbindungen, Länge der Pausen, Barrierefreiheit der Gebäude, bessere Informationen und die Schulung des Personals etc. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, kulturelle Angebote und Einrichtungen für ältere Menschen attraktiv zu machen.

## Fazit

Generell ist die Ausgangs- und Zukunftslage so schlecht nicht: Noch nie zuvor gab es so viele ältere Menschen, die über so viel Zeit, Geld und Bildung verfügen konnten wie die heutigen Senioren – und es werden immer mehr. Es gibt also ein großes Potenzial von Menschen, die prinzipiell für kulturelle Angebote und Aktivitäten ansprechbar sind. Aber Vorsicht bei langfristigen Planungen: Spätestens wenn die „Babyboomer“ ins Alter der Hochbetagten kommen, also etwa ab 2030, kann nicht mehr damit gerechnet werden, dass die Alten die Kultureinrichtungen noch füllen.

Die beschriebenen Probleme und Anmerkungen sind nur einige Indizien dafür, dass Kulturpolitik sich angesichts der demographischen Entwicklung neu „erfinden“ muss, um für das 21. Jahrhundert gewappnet zu sein. Um ihrer selbst willen muss es der Kulturpolitik um mehr als um vordergründige Bestandssicherung gehen – um ihre Neubegründung im Kontext einer veränderten Gesellschaft, in der es für den Kulturbetrieb nicht weniger Aufmerksamkeit und Aufgaben geben wird, aber ganz sicher andere Konzepte und neue Argumente geben muss.

## Literatur:

- Göschel, Albrecht (2007): Schrumpfung, demographischer Wandel und Kulturpolitik, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 117, S. 35-39  
 Kaufmann, Franz-Xaver (2007): Der demografische Wandel in Deutschland und seine Folgen, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 116, S. 34-42  
 Kocks, Martina (2007): Infrastrukturentwicklung im Zeichen der Schrumpfung, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 117, S. 31-35

➔ Dr. Norbert Sievers, geb. 1954, ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn



## Kulturkonzept Freiburg

# Kulturell sein – oder nicht sein

*Sind kommunale Kulturkonzepte geeignet, die neuen Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Kreise in Kultur und Kunst voranzubringen, sie zu modernisieren und weiterzuentwickeln? Helfen sie, Antworten auf die kulturellen und sozialen Risiken und Chancen der Globalisierung zu geben? Erreichen sie Kinder und Jugendliche? Federn sie die Auswirkungen der schwierigen finanziellen Situation vieler Kommunen ab, die Kunst und Kultur trifft, und leiten sie notwendige strukturelle Reformen bei Kulturinstitutionen ein? Freiburg hat den Prozess eines Kulturkonzeptes vor zweieinhalb Jahren begonnen. Erste Ergebnisse liegen vor.*

### Pia Maria Federer

In einem Konzeptpapier<sup>1</sup> wurde seinerzeit definiert, welches die herausragenden Aufgabenfelder der Freiburger Kulturpolitik für die nächsten Jahre sein sollen:

- Kulturelle Bildung in allen Bereichen und für alle Teile der Bevölkerung;
- die Bewahrung und Stärkung der kulturellen Vielfalt sowie die Förderung der Möglichkeit interkultureller Identitätsbildung der Bewohnerinnen und Bewohner Freiburgs;
- eine pointierte Förderung der Künste, die das erstklassige Musikprofil als Freiburger Stärke beachtet;
- die Bewahrung und lebendige Vermittlung des kulturellen Erbes.

Qualität, chancengleicher Zugang, Gender-Meanstreaming, Sicherung des zentralen Bestandes an kulturellen Angeboten und Bildung einer kompetenten Öffentlichkeit sollen diese Schwerpunkte unterstützen. Acht Leitziele<sup>2</sup> dienen künftig als Eckpfeiler Freiburger Kulturpolitik:

1. Förderung der Künste, vor allem junger KünstlerInnen, und Beachtung der Qualitäten, die am Markt keine Chance haben.
2. Verantwortungsvolle Pflege des kulturellen Erbes als regionales und kommunales Gedächtnis.
3. Kulturelle Bildung als zentraler politischer Schwerpunkt.
4. Kulturelle Selbstbestimmung und Gerechtigkeit in der „offenen“ Stadt Freiburg, in der Vielfalt als Reichtum verstanden wird und in der die kritischen

Diskussionen ihrer Widersprüche aktiv gestaltet werden sollen.

5. Förderung der Stadtteilkultur um Identitätspotentiale zu stärken.
6. Gewolltes Bürgerengagement und neue Verantwortungspartnerschaften.
7. Beachtung der Kulturwirtschaft, in der private und kommerzielle Angebote als Bereicherung verstanden werden.
8. Entwicklung der Kultureinrichtungen durch Vorrang einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung vor einer weiteren räumlichen Erweiterung.

### Die Phasen der Umsetzung

Der politische Wunsch nach einem Freiburger Kulturkonzept reicht bis in die 1990-Jahre zurück.<sup>3</sup> Die Wahl des grünen Oberbürgermeisters – und damit verbunden ein neuer Zuschnitt der Dezerenate – hatte eine bessere personelle Ausstattung des Kulturdezernats zur Folge. Schwerpunkt dieser neuen Stelle sollte die Kulturplanung sein.

Die Entwicklung des Kulturkonzeptes ist über mehrere Jahre und Phasen angelegt. Er wird durch eine beratende Begleitgruppe reflektiert, bestehend aus Vertreterinnen der Verwaltung und Persönlichkeiten der Freiburger Kultur- und Kunstszene. Eine Auftaktveranstaltung mit inhaltlichen Statements leitete die Entwicklung des Freiburger Kulturkonzeptes ein.

In dieser ersten Phase wurde die Bevölkerung und Fachöffentlichkeit über Fragebögen und Internetstatements inhaltlich beteiligt und Schwerpunkte für die Weiterarbeit festgelegt, die in begleitenden

Workshops unter begrenzter Beteiligung von BürgerInnen inhaltlich vertieft wurden. Eine Stärken-Schwächen-Analyse der Kulturstadt Freiburg wurde erhoben.

Nach dieser 1½ jährigen Phase wurden kulturpolitische Leitlinien und Ziele entwickelt und im Januar 2007 durch den Gemeinderat verabschiedet. In der nun andauernden zweiten Phase werden für die vier herausragenden Arbeitsfelder konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die finanziellen Auswirkungen geprüft und Umsetzungsschritte ins Zentrum gerückt. (gemeinderätliche Verabschiedung im Nov. 2007)<sup>4</sup>. In einer dritten Phase sollen mit den Kultureinrichtungen Zielvereinbarungen zu den kulturpolitischen Schwerpunkten (kulturelle Bildung, Integration) getroffen und evaluiert werden.

Kommunale Kulturkonzepte werden seit den 70iger Jahren eingefordert und entwickelt. „Wer Kultur sagt, sagt auch Verwaltung...“ und „die Antinomie von Planung und Kulturellem, zeigt den dialektischen Gedanken, das Nichtgeplante, Spontane selber in die Planung aufzunehmen, ihm Raum zu schaffen, seine Möglichkeiten zu verstärken,“ sagte Adorno<sup>5</sup>.

Kulturentwicklungspläne „entstanden in engem Bezug zur Neuorientierung der Kulturpolitik unter den Stichworten „Bürgerrecht Kultur“, „Soziokultur“ und Kultur für alle und von allen,“ so Bernd Wagner<sup>6</sup> vom Kulturpolitischen Institut der Kulturpolitischen Gesellschaft. Verbunden war damit die Vorstellung, durch Analysen der Kultureinrichtungen, kul-

turpolitische Ziele entwickeln zu können, konkretisiert durch Maßnahmenpakete, wie diese Ziele zu erreichen seien. Hinzukommen Beschreibungen der notwendigen infrastrukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen.

Achim Könneke<sup>7</sup>, Kulturamtsleiter von Freiburg, stellte im April 2005 in seinem Eröffnungreferat gleich eingangs klar: „Ziel des Kulturkonzeptes ist es nicht, Einsparungen und Umverteilungen im Kulturbereich zu verhindern. (...) Inhaltlich geht es um den Versuch einer zeitgemäßen Neubestimmung des öffentlichen Kulturauftrages, eingebettet in eine langfristige strategische Stadtentwicklung. Welchen Zielen muss sich Kulturpolitik stellen? Welche finanziellen Strukturen sind dazu erforderlich? Welche Schwerpunkte sind zu setzen? Und schließlich: wer soll sie umsetzen?... Es geht um die Erprobung eines neuen Politikstils, der die Partizipation im Sinne einer zu stärkenden Bürgergesellschaft wesentlich ernsternimmt.“

## Freiburg wird kulturell sein – oder nicht sein<sup>8</sup>

Freiburg hat sich mit seinen kulturpolitischen Aufgabenfeldern und Leitzielen ein ehrgeiziges Programm vorgenommen. Ein solches Kulturkonzept lässt sich nach den Vorstellungen der grünen Fraktion jedoch nur auf der Basis eines umfassenden Kunst- und Kulturverständnisses verwirklichen, wie es die UNESCO vorschlägt: „Es geht nicht nur um die Erarbeitung von Kriterien für die Vergabe städtischer Zuschüsse an Kulturschaffende in der Stadt, sondern um die grundlegende Zielrichtung der Entwicklung unserer Stadt.“<sup>9</sup>

Der bisherige Prozess des Konzeptes lässt eine solche Einbindung in die Stadtentwicklung jedoch vermissen. Er bewegte sich bisher hoch strukturiert nur in der Kunst- und Kulturszene und verweigerte sich einer öffentlichen Diskussion. Dies ist umso verwunderlicher, als sich interessanterweise parallel zum Kulturkonzept am Theater Freiburg ein für die gesamte Stadt hochpolitischer Prozess in Gang setzte, der auf breite öffentliche Resonanz stößt. Seit 1½ Jahren stellt das Theater Freiburg per riesigem Transparent an die BürgerInnen die provozierende Frage: „In welcher Zukunft wollen wir leben?“. Eingebettet ist diese Frage in ein umfangreiches Gesamtkonzept.<sup>10</sup>

Zusätzlich zu Aufführungen in drei Häusern, kommen hochkarätig besetzte Veranstaltungsreihen hinzu, die in Kooperationen mit wichtigen Kulturträgern Freiburgs<sup>11</sup> stattfinden. Diese Reihen sind durchweg sehr gut besucht. War die Kulturverwaltung zufrieden mit den 500 Menschen, die das Kulturkonzept inhaltlich begleiteten, so sind die Veranstaltungen des Theaters mit rund 1.000 Plätzen sonntagsmorgens gefüllt, wenn in der Reihe „capitalism now“ z.B. der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz zu den Chancen der Globalisierung spricht, der Bourdieu-Schüler Luc Boltansky zum „Neuen Geist des Kapitalismus“ oder Saskia Sassen über Nation und Globalisierung referiert. Hinzu kommen Reihen wie „Rebellen“, in der z.B. die RAF einer vertieften Untersuchung von Utopie und Terror unterzogen wird, begleitet durch Plakate mit provozierenden Äußerungen zu Regeln des Terrors, etwa „Der Schnellere gewinnt“.

Der Sozialraum Freiburg wird vom Theater stadtteilweit mit einer kleinen

mobilen Außenstelle, dem ORBIT, untersucht. Die Ergebnisse werden in Theaterstücke mit Jugendlichen, auch aus benachteiligten Stadtteilen, überführt und im Werkraum des Theaters, der eigens dafür hergerichtet wurde, aufgeführt.

Im Konzept „Theater-Stadt-Wirklichkeit“ werden unterschiedlichste sinnliche, intellektuelle, emotionale wie künstlerische Sprachen eingesetzt, um dieses Theater für die Menschen zu einem bedeutenden städtischen Mittelpunkt werden zu lassen und „lebenswichtige Fragen“ zu stellen, etwa: Wollen wir unendlich sein? Was ist der Unterschied zwischen einem Kopftuch und einem Kreuz? Kann man mit dem Elterngeld mehr deutsche Babys kaufen?

Befördert wird dieser Prozess durch die Intendantin Barbara Mundel und den Chefdramaturgen Josef Mackert u.a. auch dadurch, dass versucht wird, mit der Politik eine gegenseitige Verantwortungen zu formulieren. Gemeinsam wurde folgendes festgelegt:

- Die Verantwortung für die Tradition einer aufgeklärten Moderne, die um die elementare Bedeutung von Kunst-Räumen weiß, die frei von unmittelbarer politischer und ökonomischer Einflussnahme sind.
- Die Verantwortung für die kulturelle Bildung.
- Die Verantwortung für die Erhaltung gleichberechtigter Zugangsmöglichkeiten zu Theater und Konzerten für BürgerInnen aller sozialen Schichten und Einkommensklassen
- Die Verantwortung für die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Theater und allen übrigen Einrichtungen der Stadt und des Umlandes.
- Die Verantwortung für die Funktion der Stadt Freiburg als Zentrum für den...
- Die Verantwortung für die Funktion der Stadt im europäischen Kontext.
- Die Verantwortung für die Auswirkungen des kulturellen Angebotes auf die stadtwirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Freiburg.

## Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle

In den Mittelpunkt des Freiburger Kulturkonzeptes wurden zunächst Handlungskonzepte und umfangreiche Maßnahmen<sup>12</sup> in den Bereichen „Kulturelle Bil-

### UNESCO

#### Funktionen von Kultur

- Selbstbeschreibung von Einzelnen, Gruppen, Gesellschaften, Zeitabschnitten, Selbstbeobachtung
- Angstbewältigung angesichts gesellschaftlicher und individueller Risiken
- Integration
- Entwicklung von Zeitbewusstsein im Hinblick auf Vergangenheit und Zukunft
- Entwicklung von Raumbewusstsein
- Identitätsbildung von Personen und Gruppen
- Herstellung und Aushalten von Pluralität
- Angebot von Deutungen und Deutungsmustern, Weltbildern
- Angebote für Lebensführungen und Lebensbeschreibungen
- Angebot von Lebensstilen
- De-Legitimation von Prozessen in den gesellschaftlichen Bereichen der Politik, des Marktes der Gemeinschaft, des Rechts, etc.
- Reflexivität je aktueller Formen von Sittlichkeit und Moral



Foto: aboutpixel.de

dung“ und „(Inter)Kulturelle Teilhabe für Alle“ gestellt. An erster Stelle wird es dabei um eine Vernetzung von Kultur- und Bildungseinrichtungen gehen, sowie darum, **jedem** Schulkind über einen mehrjährigen Zeitraum die aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Gerade für uns Grüne sind diese beiden grundlegenden Aufgabenfelder von zentraler Bedeutung. In einer Veranstaltung unseres kulturpolitischen Forums „Grüner Salon“, wurde z.B. herausgearbeitet, dass es inzwischen für die Bevölkerung nicht mehr nur um den Zugang der sog. bildungsfernen Schichten zu kultureller Bildung geht („Rhythm is it“ mit Simon Rattle steht hierfür als Synonym), sondern um den Zugang aller Kinder zu einer nur über künstlerischer Prozesse angestoßenen Erfahrungsweise Ihrer selbst. Zum Versagen einer bundesdeutschen Bildungspolitik zählt eben auch, dass Kunst- und Musikunterricht bis zur Unkenntlichkeit minimiert wurden, und dass das Kreative als wichtige Funktion der Persönlichkeitsentwicklung – als eine Schlüsselkompetenz in der heutigen Wissensgesellschaft – in der Schule zu kurz kommt.

Ohne Zweifel konnte durch das Kulturkonzept eine bessere Vernetzung der Kulturinstitutionen untereinander ange-

stoßen werden. So wurden in Freiburg sog. Hausgespräche vereinbart. Erste politische Auswirkungen dieser Gespräche waren zu beobachten, als sich, alle freien und städtischen Kulturinstitutionen übergreifend, die Initiative „Kultur macht reich“ konstituierte, die sich z.B. entschieden gegen Kürzungen im Kulturbereich wandte und in großen, an den Kulturinstitutionen aufgehängten Transparenten stadtweit auf die neuen kulturpolitischen Ziele hinwies.<sup>13</sup>

### Fazit

Zu Recht kann gefragt werden: Ist ein Kulturkonzept die angemessene Form um das Kulturelle und die Potentiale von Kunst in einer Stadt heute zu erfassen? Eine Antwort kann sein: Jedes Nachdenken, ob provoziert von Kulturkonzepten, ob auf Quartiersebene im Rahmen von Stadtteilentwicklungskonzepten oder ob ausgehend von kulturellen Institutionen, das dazu beiträgt, Kultur und Bildung als kreative Motoren individueller wie gemeinschaftlicher Identitätsentwicklung zu fördern, wird Städte lebenswerter und attraktiver machen.

### Fußnoten

<sup>1</sup> Kulturkonzept, Handlungskonzept kulturelle Bildung und interkulturelle Vielfalt, 31.10.2007, Drucksache G-07/194, S. 3 (siehe Homepage Stadt Freiburg, Gemeinderat online)

<sup>2</sup> Kulturkonzept, Kulturpolitische Leitziele Drucksache (G-06/200), Anhang Leitziele (siehe Homepage Stadt Freiburg, Gemeinderat online)

<sup>3</sup> Damit verbunden waren die Vorstellungen durch messbare Kriterien für Kultur- und Kunstförderung den historisch gewachsene Förderdschungel neu und transparenter zu gestalten, alte Zöpfen lösen zu, Neuerungen zu ermöglichen, Konflikte mit traditionell geförderten Kultur- und Kunstinstitutionen zu minimieren, die finanziellen Ressourcen gezielter ein zu setzen und sich über einen gemeinsamen Kunst- und Kulturbegriff zu verständigen.

<sup>4</sup> Handlungskonzept Kulturelle Bildung sowie Kulturelle und Interkulturelle Vielfalt; Gemeinderatsdrucksache G-07/194; 31.10.2007

<sup>5</sup> Adorno, Theodor W. (1960/1997); Kultur und Verwaltung

<sup>6</sup> Wagner, Bernd: Kulturentwicklungsplanung - Kulturelle Planung in „Kompendium Kulturmanagement“ Armin Weis (Hrsg)

<sup>7</sup> Könneke, Achim: Gegen den Bedeutungsverlust öffentlicher Kultur, Auftaktveranstaltung Freiburger Kulturkonzept 20.04.2005; siehe auch www.Stadt-Freiburg.de, Kulturkonzept;

<sup>8</sup> In Abwandlung eines Plakattextes des Freiburger Theaters aus diesem Sommer: „Europa wird kulturell sein – oder es wird nicht sein“ von Jacques Lang, ehem. Kulturminister unter Mitterand.

<sup>9</sup> Viehten, Maria: Antrag Zum Kulturbegriff, Mai 2005, Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen

<sup>10</sup> Barbara Mundel/Josef Mackert, Erkundungen zum Stadttheater der Zukunft, auf dem Weg zur Wirklichkeit; in die Deutsche Bühne 7/07, S. 22-27

<sup>11</sup> z.B. Centre Culturel Francais Freiburg, Carl Schurz Haus, E-Werk oder der Uni Freiburg

<sup>12</sup> Handlungskonzept Kulturelle Bildung sowie Kulturelle und Interkulturelle Vielfalt; Gemeinderatsdrucksache G-07/194; 31.10.2007

<sup>13</sup> Vorausgegangen war ein 10 % Kürzungsbeschluss im Zuschussbereich des Gemeinderates im Sommer 2006 für die Bereiche Sport, Soziales, Bildung und Kultur, als eine Antwort auf die damalige katastrophale Haushaltssituation der Stadt. Die 10% Zuschusskürzungen sind in der Kultur nicht vollzogen. Allerdings besteht die politische Erwartung das Kulturkonzept sich haushaltsneutral umsetzen lässt und weitere Finanzquellen erschlossen werden wie etwa durch Mittel der Bundeskulturstiftung für einem institutionsübergreifenden Konzept „MehrKlang“ zu Neuer Musik.

➔ Die Autorin, Dipl. Soz., ist psychotherapeutisch an einer Rehaklinik tätig; seit 1989 Städt. Fraktionsvorsitzende, Kulturausschussmitglied seit 1994; Gründungsmitglied des Freiburger kulturpolitischen Forums „Grüner Salon“.

## Münsters Grüne leiten Bürgerbegehren gegen Konzerthalle ein

# Pfeifen aus dem letzten Loch

*Ein Oberbürgermeister ohne Philharmonie ist ein armer Hund. Wenn ihm außerdem noch ein bundesligataugliches Stadion fehlt, traut er sich kaum zum Städtetag in den Kreis seiner Amtskollegen.*

### Hery Klas

Diese Häme! Diese verlogenen Beileidsbekundungen! Eine Konzerthalle muss folglich sein und nicht irgendeine! Akustik von Weltklasse und Architektur von europäischem Rang sind gefragt!

Musikhallen sprießen wie Pilze aus dem Boden. Besonders fruchtbar ist der Boden im Ruhrgebiet: Dortmund, Essen, Bochum, Duisburg, Gelsenkirchen – man hat gerade oder will die nach klassischer Musik lechzende Arbeiterklasse mit einer Philharmonie beglücken. Da will die eigentliche Hauptstadt Westfalens, das 40 Autominuten vor Ort liegende Münster, nicht bei Seite stehen.

Ein Kulturredakteur nannte diesen Klassikboom in Beton und Stahl kürzlich treffend „Konzerthaus-Monopoly“. Eine Koalition aus CDU, FDP und SPD haben am 24.10.2007 in Münsters Rat beschlossen, an der Schlossallee (Hindenburgplatz vor dem Schloss) ein Hotel plus Musikhalle zu bauen. Die GRÜNEN in der Domstadt sind die Spielverderber. Sie sammeln Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das eine geplante kommunale Subventionierung von Bau und Betrieb verhindern soll. Warum?

Münsters GRÜNE gehören keineswegs zu den kulturpolitischen Kleinkrämern, die sich künstlerischen Großprojekten oder der sog. Hochkultur verweigern. Die gerade erfolgreich zu Ende gebrachte internationale Skulpturenausstellung oder die pfiffige, wenn auch im Ergebnis leider vergebliche Be-

werbung als Kulturhauptstadt 2010 hätte es ohne grüne Initiative vermutlich nicht oder so nicht gegeben. Die genre-



Foto: aboutpixel.de

genaue Förderung der lokalen professionellen und nicht-professionellen Kulturszene kann nach grünem Credo nur dann in eine qualitative Weiterentwicklung wachsen, wenn nationale und internationale Künstler dazu eingeladen werden, mit ihrer Arbeit Maßstäbe zu setzen.

Anders gesagt: Künstlerischer Input von Außen und Unterstützung der kreativen Köpfe in der Stadt gehören konzeptionell zusammen!

Will sagen: Das Pro und Contra für den Bau einer Musikhalle dürfte wohl von Stadt zu Stadt unterschiedlich zu bewerten sein. Im Falle Münsters gäbe es Folgendes zu wissen. Bereits 1989 wurde die Idee und der entsprechende Musikhallenverein geboren, galt aber lange Zeit als chancenloser Spleen eines Händlers von Nobelkarossen. Erst als Mitte der 1990- Jahre die seit Kriegsende regierende CDU und mit ihr die bessere Münstersche Gesellschaft wegen eines rot-grün regierten Rathauses in tiefe Depression verfiel, entdeckten man dieses Thema als „visionäres Leuchtturmprojekt“ wieder.

Damals bewaffneten sich gewisse Herrschaften mit für sie ungewohnten Spaten und ließen sich vor dem Schloss mit dem Versprechen ablichten, in nur zwei Jahren spiele hier das „Who is Who“ der Klassikszene. Das Projekt schien dann 1999 richtigen Drive zu bekommen, als ausgerechnet der damalige SPD-Landesvater Wolfgang Cle-

ment der inzwischen wieder regierenden CDU in Münster großzügige Hilfe anbot.

Nun sollte der Hindenburgplatz außer mit einer Musikhalle auch noch mit einem Kunstmuseum, einem Hotel, einer Tiefgarage und neuer Erschließung gedeelt werden. Man schwärmte vom „West-



Foto: aboutpixel.de

fälischen Kulturforum“, das als Ensemble von europäischem Rang einen sog. Bilbao-Effekt\* auslösen sollte. Ein weltweiter und teurer Ideenwettbewerb wurde ausgeschrieben. Die Ergebnisse spielen heute keine Rolle mehr! Denn bald zogen sich der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und das Land NRW wieder zurück. Übrig blieben eine in Größe und Architektur deutlich minimierte Musikhallenplanung und die Hoffnung. Die nährt sich aus dem Umstand, dass die traditionell westfälisch-sparsame lokale Wirtschaft versprach, stolze 18 Mio. € zu den Baukosten beizusteuern.

Es gab in der nunmehr 18-jährigen Diskussion um dieses „Leuchtturmprojekt“ eine ganze Reihe von fachlichen Gründen gegen die Planung, die in der aktuell hitzigen Atmosphäre ein wenig untergehen. So haben GRÜNE z.B. die Bebauung der letzten großen innenstadtnahen Freifläche, immerhin der zweitgrößten ihrer Art europaweit, für stadtplanerisch falsch gehalten. Eine Musikhalle gehörte, wenn das Argument der Umwegrentabilität halbwegs taugen soll, in die Altstadt.

Der Standort Hindenburgplatz ist obendrein für eine Stadt von Münsters Größe die einzige Chance, attraktive Open-Air-Events oder Zeltvorstellungen zu präsentieren. Auch kulturpolitische Aspekte wie die Auswirkungen auf unser Drei-Sparten-Theater und die Halle-Münsterland, gar die Frage nach einer konzeptionellen Einbindung in eine kulturelle Stadtentwicklungsstrategie wurden souverän

ignoriert. Im Gegenteil: Dem Kulturausschuss wurde das Projekt von Anfang an entzogen. In der Verwaltung galt die Musikhalle als OB-, also Chefsache. In der Politik kümmerten sich die Finanzpolitiker um das „Marketing-Projekt“. Mitreden durften selbstverständlich die honorigen Spender. Was man dem Ergebnis anmerkt!

Die ohnehin strittige und quälende Debatte bekam nochmal einen anderen Charakter, als die Krise der öffentlichen Kassen auch in Münster ankam, bzw. endlich zur Kenntnis genommen werden musste. Nachdem man mit Rödl&Partner, eine Wirtschaftskanzlei, zu Rate gezogen hatte, bemühte sich die Stadt, bei der Haushaltsaufstellung 2007 mit einem Kraftakt der Schuldenfalle zu entkommen. Ein strukturelles Defizit von 50 Mio. € sollte durch Rotstiftpolitik geschlossen werden.

Trotz massiver Vermögensverkäufe wuchs der kommunale Schuldenberg dennoch auf über 700 Mio. €! Jede Woche überweist die Stadt 1 Mio. € Kredit- und Tilgungszinsen an die Banken. Gleichzeitig wurden mehrere Bäder und Stadtteilbüchereien geschlossen. Bei Schulen und Sportstätten türmt sich ein skandalöser Sanierungsstau. Freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit, Kultur- und Sportvereine wurden in die mittlerweile dritte (!) Sparrunde gehetzt. Hartz IV-Familien wurden aufgefordert, in kleinere Wohnungen umzuziehen, da man ihre Mietbeihilfe gestrichen habe. Befristet angestellte Erzieherinnen wurden flächendeckend gekündigt, um sie nach 4 Wochen Arbeitslosigkeit zu deutlich schlechteren Tarifen wieder für die gleiche Arbeit einzustellen.

VHS, Stadtmuseum, Stadtbücherei, Stadtarchiv und Musikschule erkennt man nach der Kürzungsorgie kaum wieder! Ihnen wurden höhere sechsstellige Beträge gestrichen. Noch heute, ein halbes Jahr später, signalisiert eine gefrustete und verängstigte Kulturverwaltung, sie wisse beim besten Wil-

len nicht, wie sie die Ratsbeschlüsse umsetzen soll.

Klar, dass in der Stadt die Verblüffung und Verärgerung groß war, als mitten hinein in die „Zeit der finanzpolitischen Cholera“ (der OB bei seiner Haushaltsrede) eine schwarz-gelb-rote Koalition sich für den Bau der Musikhalle aussprach. 12 Mio. € Schulden wolle die Stadt aufnehmen und sich mit jährlich gut 1,7 Mio. € fünfzig Jahre lang an der Baufinanzierung, der Bauunterhaltung und den Abschreibungskosten beteiligen.

Die Sache wurde dadurch nicht besser, dass die Verwaltungsvorlage die Finanzierung der Herrichtung der Außenanlagen, der verkehrlichen Erschließung und des Baus von 500 Parkplätzen ebenso offen ließ, wie die eigentliche Gretchenfrage: Wer betreibt denn diese Musikhalle und kommt für Betriebsdefizite auf? Die Sorge, hier wollen die Musikhallenfreunde die Grundsatzentscheidung für ein städtischen Engagements erzwingen, ohne das tatsächliche Kostenrisiko der Kommune offen zu legen, treibt seitdem zahlreiche BürgerInnen, Initiativen, Verbände und eben auch uns GRÜNE um. Eine repräsentative Umfrage der Universität ergab eine 66%ige Ablehnung der Musikhallenpläne. Die Einleitung eines Bürgerbegehrens war die logische Folge.

**Fußnote**

\* Gemeint ist der kulturelle Wallfahrteffekt, wie er sich angeblich oder tatsächlich im spanischen Bilbao nach Errichtung des Guggenheimmuseum eingestellt hat

☞ Hery Klas ist Fraktionssprecher von Bündnis90/GRÜNE/GAL in Münster.



Foto: aboutpixel.de

## Kulturfinanzen im Überblick

# Money, money, money

*Kultur kostet Geld – viel Geld. Und wo es um viel Geld geht, lässt der Streit nicht lange auf sich warten. Da prallen die unterschiedlichen Geschmäcker heftig aufeinander. Wieso soll der Rockmusikfan, der in seinem Leben noch nie einen müden Cent an staatlicher Alimentierung für seine teuren Eintrittskarten erhalten hat, eigentlich gegenüber dem reichen Bourgeois zurückstecken? Dessen geschäftiges „Sehen & Gesehenwerden“, welches unter dem wohlklingenden Berufungstitel ‚Hochkultur‘ ins Theater stolziert, lassen sich die Stadtkassen landauf, landab immer noch im Schnitt rund 96 € pro Eintrittskarte an Subventionen kosten. Ist das denn gerecht?*

### Gerald Munier

Natürlich ist das nicht gerecht. Aber die LeserInnen und Leser, die aus dem Einleitungspassus einen gewissen Sarkasmus und leicht zynischen Unterton herausgehört haben, liegen natürlich goldrichtig. Die Frage der Gerechtigkeit... ja mei. Den Schreiber dieser Zeilen hat sie vor vierzig Jahren, im zarten Jugendalter schon umgetrieben, als in seiner Heimatstadt Nordhorn (Niedersachsen) trotz beginnender Textilkrise zwar immer genug Geld für den Theater- und Konzertsaal vorhanden war, sich aber die Jugendlichen mit der Polizei erst Straßenschlachten liefern mussten, bis sie ein Jugendzentrum bekamen.

An diesen Grundkonstellationen hat sich bis heute nicht viel verändert. Vom Kulturretat der meisten Städte und Gemeinden fließt der Löwenanteil an Institutionen wie das Theater und die Oper (aktuell ca. 36% aller öffentlichen Kulturretats), von deren kulturellen Erzeugnissen – im wahrsten Sinn des Wortes – nur die „obersten Zehntausend“ profitieren.

Wie gesagt, einer gewissen Verbitte- rung vermag ich mich, nicht zu enthalten. Kunststück auch, gehöre ich doch seit Jahren einer Rockmusikerkooperative in Bielefeld an, inzwischen sogar im Vorstand, die zwar mit ihren diversen selbstorganisierten Konzert- und Veranstaltungsreihen gut und gerne ebensoviele Leute pro Jahr erreicht, wie das Theater an Besucherzahlen aufzuweisen hat. Aber an öffentlichen Geldmitteln gibt es dafür allenfalls 2.000-3.000 € und hin und wieder mal einen Scheck von der Sparkasse – die Millionen fließen nach wie vor in die hohe Kultur der Wenigen.

Das wird auf Dauer nicht so weiter gehen und ein Akzeptanzproblem werden. Warum können nicht die wirtschaftlich Bessersituierten ihre Ticket selbst bezahlen, sondern müssen öffentlich bezuschusst werden? Wenn zunehmend mehr Bereiche einer marktwirtschaftlichen Logik unterworfen werden, d.h. daran gemessen werden, ob sie Profit erwirtschaften, kann es keine Erbhöfe geben, die davon ausgenommen und von der öffentlichen Hand subventioniert werden. Anders gesagt: Was öffentlich subventioniert wird, müsste eine nachhaltige demokratische Legitimation aufweisen.

### Was kostet den Staat die Kultur?

Kultur ist teuer, aber natürlich gemessen an anderen Haushaltsposten eine Randgröße. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt belaufen sich die öffentlichen Kulturanstrengungen auf 0,4 - 0,35% zwischen 2001-2005. Wir haben also ein stetes Absinken der Kulturausgaben zu registrieren, allerdings nicht in exorbitanten Größenordnungen. Nach der Finanzanalyse des *Arbeitskreises Kulturstatistik* wurden 2005 (neuere Zahlen sind noch nicht geifbar) von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen rund 7,8 Mrd. € für die Kultur ausgegeben. Das ist eine rückläufige Tendenz gegenüber dem Jahr 2001 mit dem Höhepunkt der öffentlichen Kulturausgaben von 8,54 Mrd. €. Allerdings waren zuvor die Kulturretats auch kontinuierlich gewachsen, so dass sich der Abbau mit weniger als 800 Mio. € nicht so dramatisch ausnimmt, zumal auch wohl in jüngster Zeit bei den Ge-

meinden und beim Bund wieder ein leichter Aufwärtstrend angesichts des guten Konjunkturverlaufes zu beobachten ist.

Der wichtigste öffentliche Träger der Kultur sind nach wie vor die Gemeinden. Sie tragen 43% der Kulturausgaben, gefolgt von den Ländern mit 42% und dem Bund, der traditionell als „Juniorpartner“ der Kultur gilt und nur 15% beisteuert. Die Statistik liest sich aber noch ganz anders, wenn man die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, deren Kulturausgaben offiziell bei den Länderhaushalten zugeordnet werden, den Gemeinden zu-rechnet – dann liegt der Gemeindeanteil bei sage und schreibe 54%.

Bezogen auf die regionale Verteilung ragen die Kulturretats der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen hervor. Anders sieht dies jedoch bei den Pro-Kopf-Ausgaben aus. In Sachsen werden 151 € je Bürger für die Kultur aufgewandt, in Thüringen 112 € und in Sachsen-Anhalt 104 €, dann folgen die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen mit 70-90 €. In den restlichen Bundesländern liegen die Kulturausgaben pro Kopf bei unter 60 €.

Was die Sparten anbetrifft, so dominiert die Theater- und Musikförderung mit 36% (2,9 Mrd. €) davon allein das Theater 2 Mrd. €. Den zweitgrößten Sektor bilden die Museen mit 16% (1,27 Mrd. €), gefolgt vom Bibliothekssektor mit 15% (1,23 Mrd. €). Der viertgrößte Posten firmiert unter der Bezeichnung „Sonstige Kulturförderung“ und setzt sich aus so verschiedenen Kategorien wie der

Filmförderung, der Soziokultur, speziellen Förderungen von Literatur und Bildender Kunst sowie Künstlerförderungen zusammen. Diese Sammelsparte bringt es auf 10% (790 Mio. €) der öffentlichen Förderung. Es folgen dann die Positionen Kulturverwaltung mit 6%, Kunsthochschulen ebenfalls mit 6%, Denkmalpflege mit 5%, Auslandskultur mit 4% und die Künstlersozialkasse mit 1%, sowie ebenfalls mit 1% die kulturelle Wei-

terbildung/VHS. Neu in die Statistik, die sich auf 2004 bezieht, wurde die Auslandskultur (ohne Auslandsschulen und Auslandsrundfunk) aufgenommen.

Von den insgesamt zehn Sparten hatten fünf Einbußen zu verzeichnen, während die andern fünf Zuwächse erzielten. Die höchsten Einbußen kamen beim Denkmalschutz mit -16,3% zustande, gefolgt von der Theater- und Musikförderung mit -7,4%, der Auslandskultur

mit -6,55%, den Bibliotheken mit -3,2% und der Sparte VHS/Weiterbildung mit -3%. Zuwächse erzielte die Sonstige Kulturförderung mit 10,1%, die Künstlersozialkasse mit 8,8%, die Kulturverwaltung mit 5,1%, die Museen mit 4,4% und die Kunsthochschulen mit 1,6%.

Die Kulturfinanzierung durch Gemeinden und Gemeindeverbände erreichte 2003 ein Bruttovolumen von 6,1 Mrd. €. Die statistischen Abweichungen von den Zahlen des *AK Kulturstatistik* erklären sich durch ein anderes Berechnungsverfahren (siehe Söndermann, 2006, S 404). Über die Hälfte dieser Summe wird von den kreisfreien Städten insbesondere den Großstädten mit über 200.000 Einwohnern getragen. Das liegt vor allem daran, dass dort die Theater und Musikhallen konzentriert sind, die ein besonders hohes finanzielles Engagement erforderlich machen.

Von der Gesamttendenz der öffentlichen Kulturförderung steht zu erwarten, dass sie in den kommenden Jahren in einer angespannten Situation bleiben wird, weil die meisten Gemeinden (für Länder und Bund trifft dies ebenfalls zu) zum Sparen und Schuldenabbau gezwungen sind. Die Verbesserung der konjunkturellen Gesamtlage schlägt angesichts der hohen Schuldenstände nicht sofort positiv auf den Kultursektor durch, kann sich aber mittelfristig positiv auswirken. Dramatische Einbußen sind jedoch nicht zu erwarten. Söndermann erklärte dies schon vor Jahren damit, dass der Kulturetat insgesamt einen so verschwindend geringen Teil der öffentlichen Gesamthaushalte ausmacht, dass sich echte Einsparmöglichkeiten für die Kämmerer und Finanzminister hier kaum ergeben.

#### Literatur

Michael Söndermann: Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005; in *Kulturpolitische Gesellschaft* (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik* 2006, S. 395ff

Michael Söndermann: Der Kultursektor als Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor in Europa; in *Kulturpolitische Gesellschaft* (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik* 2007, S. 387 ff

Armin Klein: Kommunale Kulturpolitik; in ders.: *Kulturpolitik – eine Einführung*; Wiesbaden 2005, S. 150-159

Max Fuchs: Die ökonomische Seite der Kultur, in ders.: *Kulturpolitik*; Wiesbaden 2007, S. 116-125

☞ Der Autor ist promovierter Historiker und hauptberuflicher AKP-Redakteur

## ☞ dokumentation

### Ein „gewichtiges Kapitel kulturpolitischer Geschichte“ – Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft zum Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Die Enquetekommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages hat in ihrem Schlussbericht über 400 Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die eine gewichtige Basis für die weitere kulturpolitische Diskussion in Deutschland spielen werden. Ihr Spektrum reicht von der Bedeutung der Kultur als öffentliche Aufgabe über die Kunstförderung und die Lage der Künstler bis zur Kulturwirtschaft und Kulturellen Bildung. So wird etwa eine »Bundeszentrale für Kulturelle Bildung« vorgeschlagen.

Mit ihrer Arbeit hat die Enquete-Kommission »ein gewichtiges Kapitel kulturpolitischer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben«, so Oliver Scheytt, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und Kulturdezernent der Stadt Essen. Mit ihren »Empfehlungen« offeriere die Kommission ein Arbeitsprogramm, das die zentralen Themen und Fragen gegenwärtiger Kultur und Kulturpolitik aufgreift.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* wird in den nächsten Monaten eine Veranstaltungsreihe organisieren, um die Ergebnisse zu vertiefen. »Als *Kulturpolitische Gesellschaft* sehen wir es als unsere Aufgabe an, an der Diskussion und Umsetzung der Handlungsempfehlungen mitzuwirken«, schreibt Scheytt in den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, die in der nächsten Woche erscheinen. Der »Schlussbericht« stehe am Anfang »einer intensiven Auswertung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen«.

Mit dem Schlussbericht schließt die 22köpfige Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« ihre vierjährige Arbeit ab. In dieser Zeit wurden zahlreiche Experten befragt, rund zwanzig Gutachten eingeholt und aus allen Bereichen und Handlungsfeldern der Kulturpolitik Vorschläge gesammelt. Er richtet sich an alle politischen Ebenen, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft. Denn das »Grundverständnis der Enquete-Kommission war von Beginn an, dass die Kultur in Deutschland eben nicht vorrangig durch Bundesaktivitäten und Bundesrecht, sondern von allen Ebenen, vor allem auch von der kommunalen Kulturpolitik gestaltet wird« (Oliver Scheytt).

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist ein überparteiliches Diskussionsforum und ein bundesweiter Zusammenschluss von Fachleuten. Folgende Mitglieder wirkten in der Enquete-Kommission mit: Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und Kulturdezernent der Stadt Essen, die Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg und Monika Griefahn, MdB, sowie Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer und Prof. Dr. Dieter Kramer, die im Kuratorium des *Instituts für Kulturpolitik* der *Kulturpolitischen Gesellschaft* vertreten sind.

☞ Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Weberstr. 59a, 53113 Bonn, T 0228/20167-0, F 0228/20167-33, eMail: post@kupoge.de; www.kupoge.de